

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF



Die ersten fünf Kandidatinnen und Kandidaten auf der Liste der DKP/LL. Von links: Spitzenkandidat Gerd Schulmeyer und Fiona Beyermann (vorn). Hintere Reihe: Tim Beyermann, Silke Baumann, Dietmar Treber.

DKP/Linke Liste stellte ihre Liste zur Kommunalwahl auf

Unter Corona-Bedingungen fand am 27. November 2020 im Bürgerhaus Mörfelden die Wahlversammlung der DKP/Linke Liste statt. Die Veranstaltung war gut besucht. 34 Kandidatinnen und Kandidaten wurden gewählt. Vorn stehen: Gerd Schulmeyer, Fiona Beyermann, Silke Baumann, Dietmar Treber, Tim Beyermann, Hagen Helbig, Alfred J. Arndt, Ahtaalahe Mirza. Erneut stehen junge Bewerber*innen an der Spitze der Liste.

Im diskutierten Programmentwurf stehen Themen wie:

„Soziales erhalten und ausbauen - Keine Gebührenerhöhungen - Mehr Geld den Kommunen - Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums - Wohnen ist ein Grundrecht - Gegen einen weiteren Ausbau des Flughafens.“

Man will sich gegen die angekündigten Erhöhungen der Abwassergebühren wehren und das „Zubauen der letzten Freiflächen in unserer Stadt“ verhindern.

In der Diskussion wurde mehrmals angesprochen: „Linke Opposition ist wichtiger als je zuvor!“



Unter Pandemie-Bedingungen saß man im großen Saal des Bürgerhauses weit auseinander.



Die Wahlvorbereitung läuft. Erste Plakatideen wurden gezeigt und diskutiert.

KOMMUNALWAHL 2021

In Mörfelden-Walldorf wählt man am besten DKP / Linke Liste

Denkzettel

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich in den vergangenen Monaten über die Stadtpolitik geärgert. Bei der letzten Kommunalwahl wollten sie Veränderungen, sie wollten damals keine Partei wählen, sie wählten eine Gruppe die von einer Werbeagentur große Plakate bekam und die sich „unabhängig“ nannte.

Die SPD, noch knapp stärker als die „Neuen und Freien“, machten mit der hiesigen Kleinpartei FDP ein Koalition in der sie „unterging“. Es dauerte eine Weile, bis die Menschen merkten: Die Freien Wähler sind eine bürgerliche Gruppe mit Leuten, wie wir sie auch bei FDP, CDU und SPD finden. Die „kleinen Leute“ haben nichts von ihnen zu erwarten.

Nun ist wieder eine Kommunalwahl. Am 14. März 2021 gibt es eine Chance, aus einem Wahlzettel einen Denkzettel zu machen.

Mitmischen in der Kommunalpolitik.

„blickpunkt“ herstellen und verteilen.

Die Zukunft gestalten!

Die Stadt gehört ihren Einwohnern

Listenaufstellung der DKP/LL zur Kommunalwahl 2021

Am 27. November 2020 fand im Bürgerhaus Mörfelden die Wahlversammlung der DKP / Linke Liste statt. Der Vorschlag einer Liste von 34 Personen fand die einmütige Billigung der Anwesenden, die sich der Mühe unterzogen hatten, unter außergewöhnlichen Bedingungen im großen Saal des Bürgerhauses zu tagen.

Aber die Maskenpflicht hinderte nicht, klare Ansagen zu treffen. Und das Abstanzgebot verhinderte nicht die Solidarität von Mörfeldern und Walldorfern aus verschiedenen Berufen und Kulturkreisen.

Die Wahlliste der DKP/LL umfasst Kommunisten, Sozialisten und andere Menschen, deren Herz links schlägt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten kommen aus allen Altersklassen und aus vielen Stadtteilen. Es sind „Newcomer“ dabei und „alte Hasen“.

Sie alle vereint der Wille, eine Kommunalpolitik zu machen, deren Richtschnur die Vertretung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung ist.

Das gemeinsam beschlossene Wahlprogramm steht unter dem Motto: „Die Stadt gehört ihren Einwohnern“. Damit wird klar gemacht, dass dem Ausverkauf der Stadt an „Investoren“ und der Ausrichtung der Stadtpolitik an den Interessen von Großunterneh-

men wie Fraport, Aldi und anderen Widerstand entgegengesetzt werden soll.

Weitere Programmpunkte sind:

- Soziales erhalten und ausbauen
- Keine Gebührenerhöhungen
- Gegen Privatisierung öffentlichen Eigentums
- Wohnen ist ein Grundrecht
- Gesundheit ist keine Ware - Ärzteversorgung sichern
- Ausbildungsplätze schaffen
- Entschieden für den Schutz unserer Umwelt

um nur die wichtigsten zu nennen.

Das gesamte Programm ist im Internet unter

<https://www.dkp-mw.de/archiv/21/Kommunalwahl2021.pdf> zu finden.

Die DKP/LL stellt in den nächsten Wochen ihre Kandidatinnen und Kandidaten, ihr Programm und ihre Politik der Öffentlichkeit vor und ruft die Bevölkerung auf, im März 2021 dieser klaren Alternative ihre Stimme zu geben.

**Linke
Opposition
bleibt
notwendig!**

...die mit dem „blickpunkt“

DKP 
LINKE LISTE

INFOS



dkp-mw.de



youtube.com/sdajtv



Instagram.com/dkpmoewa



facebook.com/DKPLinkeListe





eine Laufzeit von 30 Jahren und endet zum 31. August 2050. Der ehrgeizige Zeitplan sieht vor, den Bau im Herbst 2024 abzuschließen. Dies erklärt den Zeitdruck, der sich auch in dem rigorosen Vorgehen der Polizeikräfte niederschlägt.

Wie weiter?

Während die Polizei räumte, gab der Starpianist Levit ein berührendes Konzert im Dannenröder Forst.

Die Solidarität ist dort breit und beeindruckend wie früher bei uns.

Kirchenleute, Kulturschaffende, Gewerkschafter, Grüne, Kommunisten und andere Linke, Rentner, Alte und Junge.

Aber auch: Wie bei uns damals, der Wald ging trotzdem verloren!

Die Kämpfe um den Erhalt der Natur, die Proteste der jungen Menschen bei „Fridays for Future“ und vielen anderen gehen jedoch weiter. Sie müssen weitergehen. Nur wer den Kopf hebt, der wird gesehen!

Es wird mehr nachgedacht werden müssen, wie eine für die jungen Leute lebenswerte klimagerechte Welt auszusehen hat.

Es muss mehr Vernetzungen geben und sie werden kommen. Umweltbewegung und Friedensbewegung nähern sich wieder an, das ist sehr wichtig.

Auch wenn die Bäume im Dannenröder Forst umgesägt wurden, es wird weitergehen.

Es wird weiter gedacht und weiter gehandelt.

Das geht uns alle an

Fast jeden Tag in den Medien: „Der Kampf um den Dannenröder Forst.“ Viele in unserer Stadt können sich erinnern an die große Bürgerbewegung „Keine Startbahn/West“. Heute merken immer mehr Menschen, wie wichtig der Kampf damals war und heute noch ist. Sie erinnern sich an junge Leute, die sich an Bäume ketten, an die Solidarität, die sie erfahren haben. Und wir spüren auch noch den Zorn von damals, wenn wir sehen, wie die Leute von den Wasserwerfern attackiert werden. Es ist gut, wenn wir uns erinnern und neuer Protest wächst.

In Startbahn-West-Kämpfen wurde die Grüne-Partei geboren. Die Aktiven im Dannenröder Wald und viele andere fühlen sich heute vom grünen Verkehrsminister des Landes, Tarek Al-Wazir enttäuscht und verraten. Diese Diskussionen müssen die Grünen aushalten und sich erklären auf wessen Seite sie stehen.

Den Grünen in Hessen ist die Koalition mit der CDU wichtiger, als die Rettung des Dannenröder Forstes. Das ist bezeichnend für den Weg, den die Partei eingeschlagen hat.

Fakten die man wissen sollte

Der Dannenröder Forst ist ein etwa 1000 ha großer und rund 300 Jahre alter, nachhaltig bewirtschafteter Dauer-Mischwald mit einem hohen Anteil an Buchen und Eichen.

Die Autobahnpläne stammen aus den 1960er Jahren. Aktuell in Planung befindet sich die A49 seit etwa 40 Jahren. Seitdem wurden mehrere

Trassen geplant und immer wieder verworfen. Der Planfeststellungsbescheid für die letzten Bauabschnitte liegt seit 2012 vor.

Wir meinen wie viele: In Zeiten von Klimakrise und Waldkrise dürfen keine alten Wälder für neue Autobahnen gerodet werden!

Viele fragen sich: Warum gibt es kein Nachdenken? Warum die schnellen Rodungen, die wir bei uns auch kennengelernt haben?

Es geht um große Profite und nicht um die Entlastung der vom Straßenlärm geplagten Menschen. Die Projektgesellschaft Deges hat nach eigenen Angaben im Dannenröder Forst mittlerweile die geplante Fläche für die Autobahn 49 roden lassen.

Das Autobahnstück entsteht in einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) und verspricht den Konzernen und Banken erhebliche Gewinne. Der europäische Bautechnologiekonzern Strabag SE hat über seine Tochtergesellschaft Strabag Infrastrukturprojekt GmbH den Zuschlag für das Autobahnprojekt bekommen. Neben dem Bau des Teilstücks der A49 zwischen Schwalmstadt und dem künftigen Ohmtal-Dreieck an der Autobahn A5 umfasst das ÖPP-Projekt laut Strabag auch Planung, anteilige Finanzierung, Erhalt und Betrieb eines 62 Kilometer langen Teilstücks zwischen Fritzlar und dem Dreieck. Der ÖPP-Vertrag hat



Kein Geld für die Kommunen?

Bei jeder Etatdiskussion, bei jedem Haushaltsplan, hören wir: „Uns fehlt das Geld!“ Es fehlt für Straßenbau, Wohnungsbau, für Kindergärten und Schulen, für Gesundheitsämter usw. Es fehlt natürlich auch für die Sanierung der Kläranlagen. Wer wünscht sich nicht eine moderne zukunftsfähige Anlage?

Aber nach dem Ausbau muss sie auch bezahlt werden. Von wem? Natürlich von den Einwohnern. Das ist halt Kommunalpolitik, heißt es.

Aber wo ist das Geld?

Wir verweisen immer auf die Superreichen, auf Steuerhinterzieher, auf Handelskonzerne die sich gerade in der Corona-Zeit „dumm und dämlich“ verdienen. Wir verweisen auch auf eine andere Quelle. Die Rüstungsindustrie macht Gewinne wie nie zuvor, weil sie von Spannungen und Konflikten profitiert.

In der zweiten Dezemberwoche soll der Bundeshaushalt im Deutschen Bundestag verabschiedet werden, mit einem „Verteidigungsetat“ von mehr als 46 Milliarden Euro. Die CDU/CSU, assistiert vor allem von FDP und AfD, wollen die Rüstungsausgaben auf nie dagewesene Höhen treiben. Bis 2031 sollen sie jährlich zwei Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. In diesem Jahr schätzt die NATO sie für die BRD auf 51,5 Milliarden Euro, 2031 werden es schätzungsweise mindestens 90 Milliarden sein.

Finanziert werden sollen damit unter anderem 30 Atombomber aus den USA, die, begleitet von 15 Kampffjets zur Zerstörung der gegnerischen Luft-

abwehr – bestückt mit präzise lenkbaren US-Atombomben, die speziell für unterirdische Ziele gehärtet sind –, Ziele in Russland angreifen können. Geringe Vorwarnzeiten bei Starts vor allem vom Baltikum, von Polen oder Nordnorwegen aus machen die Lage hochgefährlich.

In den letzten Monaten hat sich politisch und gesellschaftlich vieles verändert.



Nur eines ist „normal“ geblieben: die Aufrüstung, der Militarismus nach Innen und Außen. Auf der Agenda der übergroßen Mehrheit des Bundestages stehen mindestens 80 Milliarden Euro für Krieg und Profite der Rüstungsindustrie. Auch in der SPD ist man offenbar bereit, Kampfdrohnen (Foto) anzuschaffen.

Angesichts eines desolaten Gesundheitssystems, fehlender Mittel für Arbeit, Soziales, Bildung, Wissenschaft, für internationaler Hilfe zur Selbsthilfe fordern wir eindringlich und immer wieder: Abrüstung.

Um 35 Prozent ist das Budget des Verteidigungsministeriums zwischen den Jahren 2015 und 2020 gestiegen. Die große Koalition will den Etat von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) noch einmal um 2,6% wachsen lassen.

Vor etwas mehr als einem Jahr hatte Annegret Kramp-Karrenbauer offensiv gefordert, dass Deutschland

mehr Verantwortung „in der Welt“ übernehmen müsse. Und wenn eine Verteidigungsministerin das sagt, meint sie nicht nur die Diplomatie. Sie sagte damals der „Süddeutschen Zeitung“: Deutschland müsse „offen damit umgehen, dass wir – so wie jedes andere Land dieser Welt – eigene strategische Interessen haben“. Und es müsse bereit sein, „die damit verbundenen Kosten zu tragen – finanziell, politisch und moralisch, wie Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble es jüngst formuliert hat“. Nur so könne Deutschland „ein internationales Umfeld beschützen und gestalten, das unseren Werten und Interessen gemäß ist“.

Eine große Aufregung über das, was sich da anbahnt, gab es nicht - obwohl es vor allem um militärische Einsätze ging. Als der damalige SPD-Verteidigungsminister Peter Struck 2002 Deutschlands Beteiligung am Krieg in Afghanistan mit dem Satz rechtfertigte, „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“, war das noch anders.

Mehr Entspannungspolitik und weniger Militarisierung der Außenpolitik – das fordern der DGB, Verdi, IG Metall, die Bewegung Black Lives Matter, Naturfreunde, IPPNW, BUND-Jugend, Fridays for Future, Greenpeace und andere Gruppen in ihrem „Frankfurter Appell“. Der Bundeshaushalt muss viel stärker auf die drohende Klimakrise ausgerichtet werden. Jeder Euro, der in die Hochrüstung investiert wird, fehlt an anderer Stelle. Auch bei uns im kommunalen Haushalt.

Wir haben in den letzten Monaten viele Spenden erhalten.

DANKE!

Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN DE37508525530009003419

Verschwörungen

Etwa ein Drittel der Menschen glaubt, dass geheime Mächte die Welt regieren. Allerdings wissen sie noch nicht, dass diese börsennotiert sind.